

INFO DER DPV FÜR POLITIK UND PRESSE

Presseerklärung der Deutschen Psychoanalytischen Vereinigung (DPV) zur Änderung von § 303 SGB V im Digitalen Versorgungsgesetz (DVG), vom Deutschen Bundestag verabschiedet am 7. November 2019

Die DPV schließt sich der Pressemitteilung von DGPT und VAKJP an und betont im Einklang mit zum Teil wesentlich kritischeren Stellungnahmen anderer Verbände, dass die Digitalisierung nicht auf Kosten des Datenschutzes und des Rechts auf Informationelle Selbstbestimmung durchgesetzt werden darf. Zu der im DVG geplanten Datenpraxis sind zudem verfassungsrechtliche Bedenken geäußert worden, die nach kompetenter juristischer Einschätzung das Bundesverfassungsgericht als unzulässig beurteilen wird.

Die DPV schließt sich auch der Mahnung an, dass bei allen Gesetzen, die die Krankenversorgung betreffen, das Wohl der Patienten und nicht die drängenden Interessen der Gesundheitsindustrie im Zentrum stehen müssen.

Darüber hinaus betont die DPV, dass es sich bei Informationen über psychoanalytische Behandlungsprozesse um „Daten“ besonderer Art handelt. Es sind höchstpersönliche Erfahrungen und Einsichten, die nur mit strengster Diskretion und unter dem Siegel absoluter Vertraulichkeit „generiert“ werden können. Das für den psychoanalytischen Forschungsprozess erforderliche Containment verträgt kein Leck – nicht einmal dessen Möglichkeit oder Wahrscheinlichkeit –, weil ansonsten die Überschreitung bewusster Redeintentionen unverantwortlich wäre und ein Misstrauen in die Forschungssituation einzieht, die Regression und absolutes Sich-Anvertrauen unmöglich macht.

Des Weiteren werden mit der unendlich großen Datenflut die Bedürfnisse des entfesselten (Hengsbach) Gesundheitsmarktes und das mit ihm eng verknüpfte neoliberale Wissenschaftsverständnis¹ bedient. Die riesige Datenmenge wird nur noch maschinell beherrschbar sein: Algorithmen werden Muster und Korrelationen erkennen; wahrscheinlich wird die weitere Auswertung an künstliche Intelligenzen (KI) übergeben. So werden Einzelfälle

¹ So ist wissenschaftshistorisch bemerkenswert, dass der Gründungsvater des Neoliberalismus, Friedrich August von Hayek, in vielen Schriften gegen die „Anmaßung des Wissens“ durch Einsicht polemisiert und stattdessen die unendliche Wissensmenge gepriesen hat; so wird er heute als einer der Väter der künstlichen Intelligenz (Datenverarbeitung unter Verzicht auf Einsicht) angeführt. Als abschreckendes Beispiel von Unwissenschaftlichkeit galt ihm die Psychoanalyse, von der er nach einem kurzen jugendlichen Flirt tief enttäuscht war. Dieses Schicksal teilte er mit seinem philosophischen Vertrauten, Sir Karl Popper, der eine letztlich neoliberal organisierte und von Hayeks Denkansätzen beeinflusste Wissenschaft propagierte, indem er das Bemühen um Einsicht als irreführend brandmarkte und stattdessen ein freies Marktgeschehen als Regulativ von wissenschaftlicher Wahrheit propagierte.

(Individuen) statistisch effizienter Behandlung zugeführt. Das wissenschaftliche Bemühen, Einsicht in die Dynamik, gar in den Sinn eines individuellen Symptoms zu gewinnen, tritt demgegenüber zurück, wird aufgegeben, zudem als unwissenschaftlich entwertet.

Die im Gesetz deutlich erkennbare Fantasie, durch unendliche große Datenmengen wissenschaftlichen Fortschritt zu befördern, steht dem redlichen Bemühen der Psychoanalyse schroff entgegen; sie besteht darauf, dass das Bemühen um einvernehmliche Einsicht in Einzelfälle vorsichtige Verallgemeinerungen zulässt, indem funktionale Gruppierungen gebildet werden usw.

Die Psychoanalyse steht im Widerstreit zu der den Gesundheitsmarkt beherrschenden ökonomistischen Logik. Das im erweiterten DVG zum Ausdruck kommende wissenschaftliche Fortschrittsverständnis erweist sich ebenfalls als unvereinbar mit psychoanalytischen Denkmaximen. Während die Wissenschaft der großen Datenmenge von Beginn an vom Ziel, Wahrheit mit Einsicht zu verbinden, absah, hält die Psychoanalyse entgegen dem dominierenden Trend der Zeit an Einsicht als Behandlungs- und Forschungsziel fest.

Dr. Valérie Bouville, Dipl.-Psych. Maria Johne, Dipl.-Psych. Lisa Werthmann-Resch

Vorsitzende der DPV

Dipl.-Psych. Jürgen Hardt

DPV-Arbeitsgruppe Internet